

## Niederschrift (Öffentlicher Teil) Sitzung des Rates der Stadt Aachen

---

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 12.03.2025  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 21:00 Uhr  
**Raum, Ort:** Sitzungssaal des Rates, Rathaus

---

### Anwesenheitsliste

#### Anwesend

##### Vorsitz

#### Name

Sibylle Keupen

#### Bemerkung

##### Gremienmitglieder

#### Name

Norbert Plum

Hilde Scheidt

Dr. Margrethe Schmeer

Harald Baal

Relindis Becker

Sebastian Becker

Ellen Begolli

Silke Bergs

Marc Beus

Peter Blum

Franca Braun

Gaby Breuer

Dr. Sebastian Breuer

Julia Brinner

Andrea Derichs

Hans Leo Deumens

Mathias Dopatka

Elke Eschweiler

Achim Ferrari

Wilfried Fischer

ab 18:22 Uhr

Dr. Anja Fitter

Annika Fohn

Ulla Griepentrog

Daniel Hecker

<b>Name</b>	<b>Bemerkung</b>
Wilhelm Helg	
Johannes Hucke	
Klaus-Dieter Jacoby	
Hans Peter Kehr	
Holger Kiemes	
Nathalie Koentges	
Doris Kurschilgen	
Boris Linden	
Lars Lübben	
Iris Lürken	
Markus Mohr	
Sigrid Moselage	
Kaj Neumann	
Dr. Julia Oidtmann	
Wolfgang Palm	
Daniela Parting	
Hermann Josef Pilgram	
Hildegard Pitz	
Carsten Schaadt	
Karin Schmitt-Promny	
Michael Servos	
Jöran Stettner	
Dirk Szagunn	
Tobias Benedikt Tillmann	
Peter Tillmanns	
Jakob von Thenen	
Noah Wagner	
Renate Wallraff	
Monika Annette Wenzel	
Dr. Heike Wolf	

Schriftführung

<b>Name</b>	<b>Bemerkung</b>
Britta Hommelsheim	

**Abwesend**

Gremienmitglieder

<b>Name</b>	<b>Bemerkung</b>
Christoph Allemand	entschuldigt
Jörg Bogoczek	entschuldigt
Birdal Dolan	entschuldigt
Tobias Molitor	entschuldigt

Gäste:  
Keine

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

<b>TOP</b>	<b>Betreff</b>	<b>Vorlage</b>
1	Eröffnung der Sitzung	
1.1	Einführung eines neuen Ratsmitgliedes	<b>FB 01/0652/WP18</b>
2	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
3	Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2023	<b>FB 14/0286/WP18</b>
4	Erhöhung der Verbandsumlage des Region Aachen Zweckverbands für das Haushaltsjahr 2025	<b>FB 02/0419/WP18</b>
4.1	Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Kultur E 49 für das Jahr 2025	<b>E 49.S/0223/WP18</b>
5	Haushaltsplanberatungen einschließlich Stellenplan:	
5.1	Haushaltsreden	
5.2	Stellenplan 2025 und Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2025	<b>FB 11/0277/WP18</b>
5.3	Haushaltsplanberatungen 2025	<b>FB 20/0334/WP18</b>
6	Bereitstellung von Räumlichkeiten für die Hugo-Junkers-Realschule in dem Gebäude Eintrachtstraße 3 – außerplanmäßige Mittelbereitstellung	<b>FB 45/0663/WP18</b>
7	Bedarfsplanung für die Kindertagesbetreuung in der Stadt Aachen für das KiTa-Jahr 2025/2026	<b>FB 45/0652/WP18</b>
8	Abschlussbericht "Gute Schule 2020"	<b>FB 45/0664/WP18</b>
9	Bebauungsplan Nr. 977 - Kullenhofstraße / Neuenhofer Weg - hier: - Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB	<b>FB 61/1059/WP18</b>
10	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1005 - Kullenhofstraße / Neubau Psychiatrie - hier: - Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB	<b>FB 61/1060/WP18</b>
11	Gefahrenabwehrplanung: Erstellung Katastrophenschutzbedarfsplan Stadt Aachen 2025	<b>FB 37/0066/WP18</b>

<b>TOP</b>	<b>Betreff</b>	<b>Vorlage</b>
12	Vereinbarung über finanzielle Zuwendungen für Baumpflanzungen	<b>FB 36/0564/WP18</b>
13	Anfragen:	
13.1	Ratsanfragen	<b>FB 01/0649/WP18</b>
13.2	Stellungnahmen der Verwaltung zu Anfragen	<b>FB 01/0650/WP18</b>
14	Ratsanträge	<b>FB 01/0651/WP18</b>
15	Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien	
15.1	Umbesetzungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 10.03.2025	<b>FB 01/0657/WP18</b>
15.2	Umbesetzungsantrag der Fraktion DIE Zukunft vom 12.03.2025	<b>FB 01/0658/WP18</b>
16	Mitteilungen der Verwaltung	

## **Protokoll Öffentlicher Teil**

### **Zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Oberbürgermeisterin Keupen eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Entschuldigt für heute seien Ratsherr Allemann (DIE ZUKUNFT), Ratsherr Bogoczec (DIE ZUKUNFT) und Ratsherr Dolan (GRÜNE).

Als Stimmzählerinnen sollen sich Ratsfrau Eschweiler (CDU) und Ratsfrau Schmitt-Promny (GRÜNE) bereithalten.

Änderungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

#### **Zu 1.1 Einführung eines neuen Ratsmitgliedes zur Kenntnis genommen FB 01/0652/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen verpflichtet Ratsfrau Dr. Fitter (GRÜNE) zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung ihrer Pflichten und heißt sie als ordentlich eingeführtes Ratsmitglied herzlich willkommen.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Aachen nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

### **Zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

#### **Frage 1:**

Frau H. hat eine Frage an Ratsfrau Begolli zu den Getränkepreisen im Rahmen der karnevalistischen Seniorensitzung im Eurogress. Sie habe feststellen können, dass die Getränkepreise stark angestiegen seien und eine Flasche Mineralwasser nun 9,00 Euro, im Vergleich zu 5,00 Euro im Vorjahr, koste. Sie möchte wissen, ob die Möglichkeit bestehe, mit dem im Eurogress ansässigen Cateringunternehmen in Kontakt zu treten und um eine Herabsetzung des Preises für Mineralwasser im Rahmen dieser Veranstaltung zu bitten.

Ratsfrau Begolli (Die Linke) dankt für die Frage und betont, dass sozialverträgliche Preise für diese traditionsreiche Veranstaltung von besonderer Bedeutung seien. Sie sagt zu, in dieser Angelegenheit das Gespräch mit der Geschäftsführung des Cateringunternehmens zu suchen und sei zuversichtlich, dass eine gute Lösung gefunden werde.

#### **Frage 2:**

Frau W. ist Kunstlehrerin am Couven-Gymnasium und möchte von der Verwaltung wissen, wie die Öffnung der Kunstmuseen im Rahmen der Tage der kulturellen Bildung für Schulen organisiert werden solle.

Beigeordneter Brötz führt aus, dass der durch die Verwaltung unterbreitete Vorschlag an die Kulturpolitik eine Öffnung der Kunstmuseen an bestimmten Tagen speziell für Gruppen aller Art vorsehe. Dies sei nicht nur auf Schulen beschränkt, sondern auch auf viele andere Gruppen, wie z.B. KiTa-Gruppen, Seniorengruppen, Touristengruppen etc. Wichtig hierbei sei nur, dass es sich um Angebote kultureller Bildung handelt. Das Ziel dieser speziellen Form der Öffnung liege darin, die Interessengruppen zu verbreitern und den Menschen einen Zugang zu den kulturellen Schätzen in Aachen zu ermöglichen.

**Zu 3 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2023  
ungeändert beschlossen  
FB 14/0286/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf die ausliegenden Tischvorlagen zu diesem Tagesordnungspunkt. Diese beinhalten zum einen die Korrektur eines redaktionellen Fehlers auf Seite 16 des Prüfberichtes sowie den Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses an den Rat.

Ratsherr Wagner (DIE Zukunft) teilt in seiner Funktion als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses mit, dass der Ausschuss in seiner Sitzung am 06.03.25 den geprüften Jahresabschluss 2023 gebilligt habe und ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk von der Rechnungsprüfung vorliege. Der Ausschuss empfehle die Feststellung der in der Vorlage aufgeführten Bilanzsumme zum 31.12.2023 sowie die Entlastung von Frau Oberbürgermeisterin Keupen.

**Beschluss:**

1. Der Rat nimmt das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Aachen zum 31.12.2023 durch den Rechnungsprüfungsausschuss zur Kenntnis und schließt sich dem Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses an.
2. Der Rat der Stadt stellt den Jahresabschluss der Stadt Aachen zum 31.12.2023 gem. § 96 Abs. 1 GO NRW mit einer Bilanzsumme von 3.348.494.251,37 € fest. Der Jahresüberschuss in Höhe von 10.096.481,25 € wird gem. § 75, Abs. 3 der GO NRW der Ausgleichsrücklage zugeführt.
3. Der Rat der Stadt Aachen beschließt, Frau Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen hinsichtlich des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 gem. § 96 Abs.1 GO NRW Entlastung zu erteilen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Zu 4 Erhöhung der Verbandsumlage des Region Aachen Zweckverbands für das Haushaltsjahr  
2025  
ungeändert beschlossen  
FB 02/0419/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Aachen beschließt die Erhöhung der Verbandsumlage für den Zweckverband Region Aachen in Höhe von 4.800 Euro für das Haushaltsjahr 2025. Diese Erhöhung wird vollständig für den erhöhten Mitgliedsbeitrag im EVTZ Euregio-Maas-Rhein aufgewendet.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Zu 4.1      Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Kultur E 49 für das Jahr 2025  
geändert beschlossen  
E 49.S/0223/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf den vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung sowie den geänderten Beschlusstext der GRÜNE-Fraktion und SPD-Fraktion. Zum Verfahren schlage die Verwaltung vor, dass der Rat in einem ersten Schritt den Wirtschaftsplan in der vorliegenden Fassung beschließe und sich somit dem Beschluss des Betriebsausschusses für Kultur und Theater anschließe. Im Hinblick auf den anstehenden Beratungsbedarf in dieser Angelegenheit werde ein vorläufiger Wirtschaftsplan verabschiedet, so dass der Kulturbetrieb handlungsfähig bleibe. Inhaltliche Ergänzungen und Empfehlungen könne der Rat zur Beratung in den Betriebsausschuss verweisen und der endgültige Wirtschaftsplan werde sodann in der folgenden Sitzung des Rates festgestellt.

Ratsfrau Bergs (GRÜNE) führt aus, dass fast jede Kommune zu Einsparungen gezwungen sei und oftmals sei der Kulturbereich mit seinen vielen freiwilligen Aufgaben vorrangig von diesen Kürzungen betroffen. Wie auch in vielen anderen Städten weise der Kulturbereich in Aachen aufgrund von diversen Kostenerhöhungen sowie rückläufigen Einnahmen durch Eintrittsgelder ein hohes Defizit auf. Aus diesem Grund habe die Verwaltung den Auftrag erhalten, Vorschläge zur Deckung dieses Defizits zu unterbreiten. Sie möchte betonen, dass man während der Diskussionen in den vergangenen Wochen vergessen habe, dass der Etat des Kulturbetriebes in Aachen trotz der angespannten Situation sogar erhöht worden sei und durch diese Mittel einige sehr wertvolle Projekte umgesetzt worden seien. So habe man beispielsweise die Öffnung der Stadtbibliothek auf alle Sonntage im Monat ausgeweitet, einen neuen Bücherbus mit moderner Technik anschaffen sowie die Mittel für die freie Kultur um 150.000 Euro erhöhen können. Hinsichtlich der wiederkehrenden Aussage, dass auch die freie Szene ihren Sparteil leisten müsse, weist sie darauf hin, dass sich die Mittel für die freie Szene auf nur 4% des gesamten Kulturhaushaltes belaufen und jede Einsparung in diesem Bereich das vielseitige kulturelle Angebot in der Stadt schmälern würde. Somit befinde sich Aachen im Vergleich zu anderen Städten in einer guten Ausgangslage und man dürfe nicht den Fehler begehen, ausschließlich die Museen in die Betrachtung einzubeziehen. Es bestehe Einigkeit darüber, dass Aachen durch das Erbe der Familie Ludwig über eine außergewöhnliche Kunstsammlung verfüge und man diese für die Öffentlichkeit zugänglich machen müsse. Allerdings könne man feststellen, dass die Besucherzahlen bei steigenden Kosten, die sich u.a. aus der erforderlichen Bewachung ergeben, rückläufig seien. Aus diesem Grund und um einer Schließungsdiskussion entgegen zu wirken, werden mit den „Tagen der kulturellen Bildung“ neue Konzepte entwickelt und langfristige Perspektiven für eine bessere Auslastung geschaffen. Dieses pädagogische Angebot solle bewusst an den besucherschwächsten Tagen durchgeführt werden und adressiere zusätzliche Zielgruppen. Man erhöhe durch dieses Konzept die Besucherzahlen und die Kosten könne man über das Führungsentgelt kompensieren. Am Beispiel des Ludwig Forums könne man feststellen, dass das pädagogische Angebot bei den Menschen großen Anklang finde. Sie frage sich, wie man dies als Einschränkung oder Schließung betrachten könne. Neue Formate und Kooperationen können Schwellenängste abbauen und den Forumcharakter des Ludwig Forums als Beispiel wieder mehr in den Fokus rücken. Die Idee müsse natürlich auch mit Leben gefüllt werden und so werde durch den Kulturbetrieb sowie den Museumsdienst aktuell ein Konzept entwickelt, das in der morgigen Sitzung des Betriebsausschusses Kultur und Theater vorgestellt wird. Das Konzept werde aber auch ein lebendiges Konzept sein und die Ludwig Stiftung und die Museumsvereine seien herzlich eingeladen, sich hieran zu beteiligen. Abschließend bezieht sie sich auf die Tourist\*innen in der Stadt Aachen. Sie gehe davon aus, dass sich die meisten Menschen vorab im Internet über die Öffnungszeiten der Museen informieren. Damit aber auch diese Personengruppe die Möglichkeit erhält, die Museen täglich zu besuchen, sehe der vorliegende, geänderte Beschlusstext vor, dass am Dienstag und Mittwoch Vormittag die Tage der kulturellen Bildung durchgeführt werden und die Häuser an diesen Tagen am Nachmittag für Besucher\*innen geöffnet werden. Sie möchte eindringlich darum bitten, das Konzept positiv zu begleiten um sich zukunftsfähig aufstellen zu können.

Bürgermeisterin Dr. Schmeer (CDU) teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem Wirtschaftsplan nicht zustimmen werde. Aus ihrer Sicht könne die Art des Sparens auch anders herbeigeführt werden. So könne man in einem Eigenbetrieb auch andere Haushaltspositionen heranziehen, um nicht vorrangig bei den Institutionen selbst zu sparen. Bei dem vorgeschlagenen Konzept handele es sich um ein Sparen durch Mehreinnahmen. Aus Sicht der CDU-

Fraktion sollen alle ihren Beitrag zu den Sparmaßnahmen leisten. Es gehe nicht darum, bei den durch Ratsfrau Bergs bereits erwähnten KASTE-Mittel einzusparen, vielmehr solle die Möglichkeit bestehen, nicht verausgabte Mittel aus diesem Bereich den Museen zukommen zu lassen und somit eingeschränkte Öffnungszeiten zu verhindern. Dies werde jedoch vehement durch die Ratsmehrheit abgelehnt, was sie sehr bedauert. Eine weitere Möglichkeit für Einsparungen bestehe im Rahmen der Veranstaltung „Stadtglühen“, die während der Corona-Zeit eingeführt und auch durch die CDU-Fraktion befürwortet worden sei. Allerdings habe sie feststellen müssen, dass mit den Geldern auch nicht-städtische Initiativen eingekauft werden. Weiterhin solle man die Betriebskosten für das Zollmuseum in Höhe von 136.000 € für eine anderweitige Verwendung im Kulturbetrieb vorsehen, denn auch wenn das Thema „Grenze“ insbesondere für Aachen ein wichtiges und wertvolles Thema sei, so solle man die Ausstellung in die Räumlichkeiten des Depots verlagern und das Gebäude schließen. Sie möchte positiv hervorheben, dass im Rahmen der Diskussion um den Wirtschaftsplan die Museumpädagogik in einen besonderen Fokus gerückt worden sei. Die CDU-Fraktion befürworte, ebenso wie die Ludwig-Stiftung, eine Intensivierung der Museumspädagogik, allerdings nur im Rahmen geöffneter Häuser. Sie begrüße, dass die Verwaltung den Kontakt zur Ludwig-Stiftung wieder aufgenommen habe, ebenso begrüße sie, dass in der morgigen Sitzung des Betriebsausschusses ein Konzept für die kulturelle Bildung vorgestellt werde, allerdings hätte sie sich dies bereits zu einem früheren Zeitpunkt gewünscht. Auch hinterfrage die CDU-Fraktion, wie die Programme bei großem Gruppenaufkommen ohne Aufsichtspersonal und ohne zusätzliches pädagogisches Personal bewältigt werden können. Der Spareffekt würde in einem solchen Falle ausbleiben. Weiterhin hinterfrage man die exorbitant hohen Kosten für Museumsaufsichten in Aachen. Positiv bewerte sie, dass die aktuelle Diskussion dazu geführt habe, dass sich ein großer Prozentsatz der Aachener Bürger\*innen für die Sinnhaftigkeit und Zugänglichkeit der Museen in Aachen engagiert und die Stiftung ihre Hilfe angeboten habe.

Ratsherr Tillmann (SPD) schließt sich den Ausführungen von Ratsfrau Bergs an, möchte aber darüber hinaus noch einmal Bezug nehmen auf den geänderten Beschlussvorschlag, mit dem ein Kompromiss abgebildet werden solle. Seitens der CDU-Fraktion sei im Rahmen der Sitzung des Betriebsausschusses Kultur und Theater der Wunsch geäußert worden, dass der Tag der kulturellen Bildung nur an einem Wochentag umgesetzt werde. Die SPD-Fraktion sowie die GRÜNE-Fraktion haben hieraus im Beschlussvorschlag nun den Vorschlag formuliert, dass man die Häuser an zwei Vormittagen in der Woche ausschließlich zum Zweck der kulturellen Bildung nutze. Mit diesem Vorschlag berücksichtige man die Wünsche der verschiedenen Akteurinnen und Akteure, die sich an der Diskussion beteiligt haben. Wie durch die Ludwig-Stiftung gewünscht, haben die Häuser somit an sechs Tagen in der Woche für das allgemeine Publikum geöffnet, gleichzeitig biete man an zwei Vormittagen ein exklusives, pädagogisches Angebot für die verschiedenen Personengruppen an und gewinne hierdurch neue Besucher\*innen. Er gehe davon aus, dass der Inhalt dieses Beschlussvorschlages im Wirtschaftsplan abgebildet und eine unterjährige Nacharbeitung vorgenommen werde, so dass am heutigen Tag der endgültige Wirtschaftsplan beschlossen werde. Abschließend wirbt er dafür, diesem Konzept eine Chance zu geben.

Ratsherr Deumens (Die Linke) berichtet, dass auch in der Fraktion die Linke sehr intensiv über dieses Thema diskutiert worden sei und die Fraktion den ursprünglichen Vorschlag zur „Schließung“ der Museen an den Werktagen Dienstag und Mittwoch, zusätzlich zu der bestehenden Schließzeit am Montag, ablehne. Nach dem interfraktionellen Gespräch liege am heutigen Tage der geänderte Beschlussentwurf vor. Besonders anerkennen möchte er hierbei, dass die hierin genannte Planung eine Öffnung der Museen für das Publikum an sechs Tagen je Woche vorsehe. Hinsichtlich des zu bewältigenden Defizits habe Ratsfrau Dr. Schmeer betont, dass alle ihren Beitrag hierzu leisten müssen. Da nicht eindeutig definiert sei, wer im Einzelnen hiermit gemeint sei, halte sich die Fraktion Die Linke diesbezüglich erst einmal mit ihrer Meinung zurück und werde sich bei der folgenden Abstimmung enthalten. Er gehe davon aus, dass die Diskussion zu diesem Thema auch weiter fortgeführt werde und Inhalt der Beratungen zum nächsten Wirtschaftsplan sowie zum Haushaltsplan 2026 sein werde. Aus diesem Grunde sei es wichtig, dass bis zu diesen Beratungen bekannt sei, ob das morgen vorgestellte Konzept zu den Tagen der kulturellen Bildung erfolgreich sei. Neben diesem Konzept benötige man aber auch weitere kreative Ideen und Lösungsansätze zur Attraktivitätssteigerung der Museen in Aachen.

Ratsherr Pilgram (GRÜNE) bezieht sich auf die Aussage von Ratsfrau Dr. Schmeer, dass zu Lasten der Institutionen gespart werde. Hierzu führt er aus, dass der Kulturbetrieb im Vergleich zum Vorjahr einen Mehrbetrag in Höhe 800.000 Euro erhalte. Wie Ratsfrau Bergs bereits erwähnt habe, fließen von diesem Betrag 130.000 Euro an die freie Kultur und die restlichen Mittel werden für die Institutionen verausgabt. Den vorliegenden Beschlussvorschlag betrachte er als Verbesserung, da die Museen hierdurch weiterhin an sechs Tagen in der Woche geöffnet seien und nur an zwei Vormittagen intensive Programme für einzelne Personengruppen stattfinden.

Er möchte daran erinnern, dass sich alle Beteiligten in der Pflicht sehen müssen, nach Lösungen für die finanziellen Probleme zu suchen. Leider sei seitens der Museen sowie der Vereine bislang kein Handeln ersichtlich, so dass er an die Häuser zur Mitarbeit appellieren möchte. Man müsse Konzepte entwickeln, um die Attraktivität der Häuser zu steigern und somit den rückläufigen Besucherzahlen entgegenzuwirken. Wie am Beispiel des Ludwig Forums zu sehen sei, habe die kulturelle Bildung einen großen Aufschwung genommen, während die regulären Besucherzahlen seit der Corona-Zeit deutlich zurück gegangen seien. Diese Entwicklungen müsse man wahrnehmen und mit dem vorgeschlagenen Konzept habe man nun einen Weg gefunden, um die strukturellen Probleme zu lösen.

Ratsherr Baal (CDU) führt aus, dass für die Eigenbetriebe Kultur und Stadttheater insgesamt ein Haushaltsvolumen von über 50 Mio. Euro angesetzt werde. Dem stehe ungefähr eine gleich hohe Einnahme aus der Grundsteuer gegenüber. Es sei gut und richtig, eine solch hohe Summe für das kulturelle Angebot in Aachen anzusetzen, denn dies stärke auch den Standort Aachen. Den Vorschlag zur Verabschiedung eines vorläufigen Wirtschaftsplanes am heutigen Tage unterstütze die CDU-Fraktion im Hinblick auf die spätere Abstimmung zum Haushaltsplan nicht. Hierdurch werde das strukturelle Problem im Kulturbetrieb nicht gelöst. Aus seiner Sicht fehle in dieser Angelegenheit Struktur, Wille und Führung. So sei die Debatte zu diesem Punkt bislang fast ausschließlich in der Öffentlichkeit geführt worden, über Zeitungsberichte, Kommentierungen und Zuschriften von Museumsvereinen und der Stiftung. Aus seiner Sicht solle der Kulturbetrieb die nicht verausgabten Zuschüsse aus den Jahren 2023 und 2024 sichten, denn dies seien vorhandene Reste. In diesem Falle könne man das strukturelle Problem im Laufe des Jahres in Ruhe angehen. Er gehe jedoch auch davon aus, dass neben dem strukturellen Problem im Kulturbetrieb ein Führungsproblem bestehe, da sich die Verantwortlichen bislang zu dieser Thematik nicht geäußert haben. So sei auf die Bitte des Finanzausschusses kein Verantwortlicher aus der Verwaltung zu der Sitzung erschienen und auch eine Absage sei nicht erfolgt. Auch die Kommunikation mit der Ludwig Stiftung müsse intensiviert werden. Dies alles stelle aus seiner Sicht keine Grundlage für einen vorläufigen Wirtschaftsplan dar. Stattdessen müsse man sich der Thematik mit Ruhe und Weitblick widmen. Er frage sich, wie das beschlossene Projekt „Haus der Neugier“ mit einem sehr großen Investitionsvolumen funktionieren solle, wenn man das im vorliegenden Falle kleine, strukturelle Problem nicht gelöst bekomme.

Ratsherr Servos (SPD) möchte verdeutlichen, dass der Rat mit seinem heutigen Beschluss nicht über die Bewirtschaftung des Wirtschaftsplanes des Kulturbetriebes entscheide, sondern über die Höhe des Zuschusses. Der Betriebsausschuss des Eigenbetriebes erstelle zum Jahresbeginn eine Planung und entscheide unterjährig über die Verwendung der Mittel. Er betont, dass diese Planung eine Abweichung von nur 0,3 % aufzeige, über die heute diskutiert werde. Die Verabschiedung eines vorläufigen Wirtschaftsplanes stelle für die Verwaltung einen zusätzlichen Arbeitsaufwand dar und löse darüber hinaus nicht die bestehenden Probleme. Er teile die Meinung von Ratsherrn Baal, dass die Organisation, die Führungsstruktur und das gesamte Innenleben des Kulturbetriebes überprüft werden müsse, allerdings seien Wahlkampfzeiten aus seiner Sicht nicht der richtige Zeitpunkt für solch sensible Themen. Abgesehen von der mittelfristigen Planung sei nun eine kurzfristige Entscheidung erforderlich. Nachdem das Thema über die Presse in die öffentliche Debatte gebracht worden sei, habe man die Stiftung leider erfolglos zu einem interfraktionellen Gespräch eingeladen. Er habe von Anfang an nicht verstehen können, warum die Öffnungszeiten von Museen eine Zielgröße zur Bemessung von Kunst sein sollen. Aus seiner Sicht sei die Anzahl der Besucher\*innen, die Qualität der Ausstellung oder auch die Wirkung auf einzelne Personen eine geeignete Messgröße. Die Verwaltung habe einen konstruktiven Vorschlag unterbreitet um bestimmte Zielgruppen zu bestimmten Zeiten in die Museen zu holen. Er möchte betonen, dass hiermit nicht nur Schülerinnen und Schüler angesprochen werden sollen, sondern auch viele andere Personengruppen. Die Durchführung dieser Maßnahme an zwei Vormittagen in der Woche stelle einen guten Kompromiss dar, da somit auch an diesen beiden Tagen die Museen in den Nachmittagsstunden für Touristinnen und Touristen geöffnet seien. Zu weiteren, formellen Abwicklung im Rat führt er aus, dass der Rat am heutigen Tage den Zuschuss im städtischen Haushalt an den Kulturbetrieb beschließe. Dieser Zuschuss sei aus seiner Sicht gesetzt. Es sei selbstverständlich, dass man von einem Eigenbetrieb erwarten könne, unterjährig eine Schwankung von 0,3 % in seinem Haushalt abzubilden. Für den Fall, dass sich die Planung für den Eigenbetrieb unterjährig verändern werde regt er an, dass eine Beratung im Finanzausschuss, jedoch nicht mehr im Rat, erfolgen werde.

Ratsfrau Lürken (CDU) führt aus, dass seitens der CDU-Fraktion versucht und darum gebeten worden sei, die Beratung noch einmal in den zuständigen Ausschuss zu verweisen, denn ein interfraktionelles Gespräch ersetze keine Ausschusssitzung. Sie könne nicht verstehen, dass die inhaltliche Debatte zu dieser Thematik in der heutigen Ratssitzung und nicht im Betriebsausschuss Kultur und Theater erfolge.

Ratsfrau Bergs (GRÜNE) teilt mit, dass ihr nicht bekannt sei, dass eine zusätzliche Sitzung des Betriebsausschusses in die Wege geleitet werden sollte. Weder die SPD-Fraktion noch die GRÜNE-Fraktion habe sich im Vorfeld gegenüber der Diskussion zu diesem Thema verschlossen. Vielmehr habe man das Gespräch gesucht mit der Verwaltung, der Stiftung sowie den Museumsleitungen.

Oberbürgermeisterin Keupen stellt fest, dass die Diskussion im Rat der öffentlichen Debatte entspreche und auch gut und richtig sei. Es sei eine wichtige Aufgabe, den Menschen den Zugang zu den Museen zu ermöglichen und man sei sich einig, dass man langfristige Konzepte benötigt, um die qualitativ hochwertige Museumslandschaft in Aachen mit Leben zu füllen. Vor diesem Hintergrund habe die Verwaltung das vorliegende Konzept erarbeitet, das heute diskutiert werde. Im Folgenden werde Stadtdirektorin Grehling die weitere Vorgehensweise zur Beschlussfassung erläutern und Beigeordneter Brötz werde zu den inhaltlichen Fragen Stellung nehmen. Abschließend betont sie, dass die Verwaltung frühzeitig in die Diskussion zu diesem Thema eingestiegen sei, so auch öffentlich mit der Zeitung, und bittet für den folgenden Verlauf um eine offene und zielorientierte Debatte.

Stadtdirektorin Grehling erläutert, dass es üblich sei, dass im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes auch die Feststellung der Wirtschaftspläne erfolge. Dies falle in den Zuständigkeitsbereich des Rates. Der Rat habe grundsätzlich die Möglichkeit, den Wirtschaftsplan anzunehmen, einem Änderungsbeschluss des Ausschusses zu folgen oder aber die Entscheidung zurück in den Ausschuss zu verweisen. Im vorliegenden Falle liege jedoch kein Änderungsbeschluss des Betriebsausschusses vor, sondern lediglich eine nicht-förmliche Entscheidung aus dem interfraktionellen Gespräch. Somit müsse über die nicht geänderte Beschlussvorlage entschieden werden und es bestehe entweder die Möglichkeit, dass man den Wirtschaftsplan erst einmal ablehne und somit eine vorläufige Haushaltsbewirtschaftung greife oder man entscheide sich für einen vorläufigen Wirtschaftsplan als Handlungsgrundlage bis zur Feststellung des endgültigen Wirtschaftsplanes. Sie möchte darauf hinweisen, dass die Lösung der strukturellen Probleme den Zeitraum einer vorläufigen Haushaltsbewirtschaftung deutlich übersteigen werde. Zusammenfassend obliege es somit nun den Ratsmitgliedern, ihre Zustimmung oder Ablehnung zu erteilen.

Beigeordneter Brötz nimmt Stellung zu dem Vorwurf der mangelnden Kommunikation und Führung und berichtet, dass bereits im August letzten Jahres, als sich das Defizit im Kulturbetrieb abzeichnete, das erste von drei interfraktionellen Gesprächen stattgefunden habe. Hier habe die Verwaltung der Kulturpolitik bereits erstmalig eine Sammlung mit verschiedenen Maßnahmen zur möglichen Deckung des Defizites präsentiert. Parallel habe die Verwaltung verschiedene Workshops zur Weiterentwicklung des kulturellen Leitprofils initiiert. Als zentrale Themen seien hierbei Audience Development und Nachhaltigkeit behandelt worden. Gleichzeitig habe die Verwaltung sich erfolgreich beim Land NRW als Modellkommune zum Thema Besucher\*innenbefragung beworben, so dass im ersten Halbjahr dieses Jahres umfangreiche Besucher\*innenbefragungen in den Museen durchgeführt werden. Auch seien neue Ideen zur Gewinnung neuer Besucher\*innen in den Häusern entwickelt worden, wie beispielsweise die Jungendkunstbiennale. Er betont, dass der Verwaltung bis zur Sitzung des Betriebsausschusses Kultur und Theater am 30.01.2025 kein Auftrag für eine konzeptionelle Weiterentwicklung der Tage der kulturellen Bildung vorgelegen habe. Trotzdem sei die Verwaltung auf allen Ebenen und mit allen Akteuren in einem ständigen Austausch geblieben, so auch mit der Stiftung und den Vereinen. Er bedaure, dass die Tage der kulturellen Bildung als ein Bestandteil eines umfangreichen Maßnahmenkataloges eine solch kontroverse Diskussion erzeugen und aus dem Fokus gerückt werden. Abschließend berichtet er, dass man sich aktuell in den Planungen für einen Workshop mit den Museumsleitungen befinde, damit man die Ausstellungsprogramme 2026/2027 frühzeitig mit Marketingkonzepten und Ideen zur zielgruppengerechten Ansprache verknüpfen könne.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) dankt Beigeordneten Brötz für die Stellungnahme und nimmt Bezug auf die Ausführungen von Stadtdirektorin Grehling, die die Möglichkeiten für die Ratsmitglieder sowie die Aufgaben des Betriebsausschusses Kultur und Theater aufgezeigt habe. Wie bereits durch die kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion erwähnt, müsse die Angelegenheit im Betriebsausschuss beraten werden. Ein interfraktionelles Gespräch könne diese Diskussion nicht ersetzen. Zum Thema der Kommunikation führt sie aus, dass der Brief der Ludwig Stiftung deutlich mache, dass keine wünschenswerte Kommunikation stattgefunden habe. Weiterhin sei es nicht die Aufgabe der Stiftung, mögliche Sparpotenziale oder Verbesserungsvorschläge zur Erhöhung der Besucherzahlen aufzuzeigen. Stattdessen müsse der Kulturbetrieb mögliche Sparpotenziale zur Beratung in den Betriebsausschuss geben. Die Aussage von Oberbürgermeisterin Keupen, dass die Menschen aufgrund der aktuellen Presse eventuell vermehrte Besuche in den Aachener Museen vornehmen, habe sie entsetzt, denn die

Aachenerinnen und Aachener wissen die Museen in der Stadt zu schätzen. Durch die geplante Schließung der Häuser für die Öffentlichkeit schade man auch dem Aachen Tourist Service und sie bezweifle, dass die Versicherungen eine Öffnung der Häuser für Gruppen ohne eine entsprechende Bewachung akzeptieren werden. Die CDU-Fraktion sei offen für vernünftige Sparvorschläge, allerdings liege dem vorliegenden Vorschlag keine vernünftige Berechnung zu Grunde, aus der das mögliche Sparpotenzial hervorgehe.

Ratsfrau Brinner (GRÜNE) möchte zu dem heutigen Beschlussverfahren Stellung nehmen. Zum einen werde am heutigen Tage der Zuschuss festgelegt, dies sei unstrittig. Weiterhin stelle der Rat mit dem vorliegenden, ursprünglichen Beschlussentwurf den Wirtschaftsplan in der nicht geänderten Form mit zwei Schließtagen für die Museen fest. Darüber hinaus könne der Rat gegenüber dem Betriebsausschuss Kultur und Theater eine Empfehlung über den ergänzten Beschlusstext aussprechen. Der Ausschuss könne hierüber beraten und wenn gewünscht, die entsprechenden Änderungen im Wirtschaftsplan vornehmen. Denn es sei üblich, dass Eigenbetriebe unterjährige Veränderungen in den Wirtschaftsplänen vornehmen.

Bürgermeister Plum (SPD) schließt sich den Ausführungen von Ratsfrau Brinner an und betont, dass in der heutigen Sitzung der Wirtschaftsplan in der vorliegenden Form festzustellen sei. Der durch die GRÜNE-Fraktion und SPD-Fraktion ergänzte Beschlusstext beinhalte lediglich eine Empfehlung an den Betriebsausschuss sowie die Verwaltung. Aus seiner Sicht bestehen keine rechtlichen Bedenken gegen diese Vorgehensweise.

Stadtdirektorin Grehling empfiehlt, den geänderten Beschlussentwurf umzuformulieren und somit eine deutliche Trennung zwischen der Feststellung des Wirtschaftsplanes und der ausgesprochenen Empfehlungen an die zuständigen Gremien herzustellen.

Ratsfrau Begolli (Die Linke) kann die Diskussion nicht verstehen, denn aus ihrer Sicht sei es der richtige Weg, dass der Rat am heutigen Tag einen vorläufigen Wirtschaftsplan beschließe und die Angelegenheit zur weiteren Beratung zurück in den zuständigen Betriebsausschuss verweise. Dieser könne sodann über den Kompromissvorschlag, der aus dem interfraktionellen Gespräch hervorgegangen sei, entscheiden und die Angelegenheit zurück an den Rat geben. Die Fraktion Die Linke habe sich im Laufe der vorangegangenen Diskussion nun dazu entschieden, sich gegen den heutigen Beschluss auszusprechen, damit der Entscheidung des Betriebsausschusses nicht vorweggegriffen werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt Oberbürgermeisterin Keupen sodann über den neu formulierten, unten abgebildeten Beschlussvorschlag abstimmen.

#### **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt stellt den Wirtschaftsplan für den Kulturbetrieb E 49 für das Wirtschaftsjahr 2025 auf Empfehlung des Betriebsausschusses Kultur und Theater in der vorliegenden Fassung fest.
2. Des Weiteren empfiehlt der Rat den zuständigen Gremien zur Beratung folgende Empfehlungen:
  - a) im Rahmen der Tage der kulturellen Bildung dienstags und mittwochs vor 13 Uhr spezielle Angebote für unterschiedlichste Zielgruppen als geschlossene Formate anzubieten,
  - b) die Museen von 13 bis 17 Uhr für individuelle Besuche zu öffnen,
  - c) die vertrauensvollen Gespräche mit der Stiftung fortzusetzen,
  - d) im Rahmen der Erstellung des Gesamtkonzeptes zur möglichen Einführung der Gästekarte zu überprüfen, welche Museen in das Angebot eingebunden werden können.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich, 22 Gegenstimmen

## **Zu 5      Haushaltsplanberatungen einschließlich Stellenplan:**

### **Zu 5.1      Haushaltsreden**

Die Haushaltsreden der jeweiligen Fraktionsvertreter\*innen sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Anlage 1	Haushaltsrede-2025-GRÜNE
Anlage 2	Haushaltsrede-2025-CDU
Anlage 3	Haushaltsrede-2025-SPD
Anlage 4	Haushaltsrede-2025-DIE-Zukunft
Anlage 5	Haushaltsrede-2025-FDP
Anlage 6	Haushaltsrede-2025-LINKE

### **Zu 5.2      Stellenplan 2025 und Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2025 ungeändert beschlossen FB 11/0277/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

#### **Beschluss:**

Auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin und Empfehlung des Personal- und Verwaltungsausschusses beschließt der Rat der Stadt vorbehaltlich weiterer Beschlüsse den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025 auf der Grundlage der dezernats- und fachbereichsbezogenen Darstellung der Veränderungen zum Stellenplan 2024 (s. Anlage).

Zudem nimmt der Rat der Stadt die Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen 2025 zur Kenntnis.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich, 19 Gegenstimmen

### **Zu 5.3      Haushaltsplanberatungen 2025 ungeändert beschlossen FB 20/0334/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Aachen beschließt die Haushaltssatzung 2025 unter Einbeziehung

1. der Veränderungsnachweisungen zum Ergebnisplan, des konsumtiven Finanzplans, des Investitionsplans, der investiven Verpflichtungsermächtigungen, der Produktblätter und der § 13-Liste zum Haushaltsplanentwurf 2025
2. der in der Sitzung beschlossenen Einzelveränderungen
3. der haushaltsneutralen Verlagerung der Abschreibungs-/Sonderposten- und Personalkostenaufteilung.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich, 24 Gegenstimmen

**Zu 6      Bereitstellung von Räumlichkeiten für die Hugo-Junkers-Realschule in dem Gebäude Eintrachtstraße 3 – außerplanmäßige Mittelbereitstellung  
ungeändert beschlossen  
FB 45/0663/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Er beschließt gemäß § 83 GO NRW die Bereitstellung der im Rahmen der Finanzplanung des Haushalts 2025 für die bauliche Maßnahme Hugo-Junkers-Realschule (Eintrachtstraße 3) außerplanmäßig benötigten finanziellen Mittel in Höhe von 98.000 € - gedeckt aus dem PSP-Element 5-030104-900-00100-991-3 „Baul. Maßn. für G9“ - bei einem neu einzurichtenden PSP-Element bei Produkt 030103 zur Verfügung zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Zu 7      Bedarfsplanung für die Kindertagesbetreuung in der Stadt Aachen für das KiTa-Jahr  
2025/2026  
ungeändert beschlossen  
FB 45/0652/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen weist auf einen Schreibfehler auf Seite 35 der Bedarfsplanung hin. Hier müsse das Haushaltsjahr auf 2025 korrigiert werden. Weiterhin liege eine aktualisierte Übersicht über die plusKITas als Tischvorlage aus.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Aachen beschließt

1. die vorgelegte Bedarfsplanung für die Kindertagesbetreuung 2025/2026 und das damit verbundene Platzangebot für ü3-Kinder im Umfang von 6.447 Plätzen und für U3-Kinder im Umfang von 2.162 Plätzen in KiBiz-geförderten Kindertageseinrichtungen,
2. zur Abdeckung unvorhergesehener Bedarfe die Anmeldung einer „Not-KiTa“ zur Landesförderung mit insgesamt 100 Plätzen (60 in Gruppenform III c und 40 in Gruppenform I c) in Trägerschaft eines „anderen Trägers“, sowie
3. ein Angebot von 700 Betreuungsplätzen in Kindertagespflege.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich, 2 Gegenstimmen

**Zu 8            Abschlussbericht "Gute Schule 2020"  
                  zur Kenntnis genommen  
                  FB 45/0664/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Aachen nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 9            Bebauungsplan Nr. 977 - Kullenhofstraße / Neuenhofer Weg -  
hier: - Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB  
                  ungeändert beschlossen  
                  FB 61/1059/WP18**

Ratsherr Hucke (GRÜNE) berichtet als Vorsitzender des Planungsausschusses. Die beiden unter TOP Ö 9 und TOP Ö 10 zu beratenden Bebauungsplänen seien Bestandteil des Masterplans des Klinikums und haben zum einen eine für die Weiterentwicklung des Klinikums benötigte Fläche sowie den Neubau einer Psychiatrie zum Gegenstand. Das dringende Vorhaben des Neubaus ergebe sich auf einem erweiterten Versorgungsauftrag und nach der Erstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes sowie der Teilnahme an einem Fassadenwettbewerb liege zum aktuellen Zeitpunkt bereits ein Bauantrag durch das UKA vor. Sofern der Bebauungsplan zum Satzungsbeschluss verabschiedet werde, bestehe eine Realisierungsverpflichtung zum Baubeginn innerhalb von 24 Monaten. Er bittet die Ratsmitglieder, der einstimmigen Empfehlung des Planungsausschusses zu folgen.

**Beschluss:**

Der Rat nimmt den Bericht der Verwaltung zum Bebauungsplan Nr. 977 - Kullenhofstraße / Neuenhofer Weg - sowie den städtebaulichen Vertrag zur Kenntnis.  
Er beschließt, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die zu sämtlichen Verfahrensschritten eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen.

Der Rat beschließt weiterhin den Bebauungsplan Nr. 977 - Kullenhofstraße / Neuenhofer Weg - im Stadtbezirk Aachen-Laurensberg für den Bereich zwischen Kullenhofstraße, Zufahrt Studierendenwerk, Neuenhofer Weg und Hans-Böckler-Allee gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung und die Begründung hierzu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Zu 10           Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1005 - Kullenhofstraße / Neubau Psychiatrie -  
hier: - Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB  
                  ungeändert beschlossen  
                  FB 61/1060/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

**Beschluss:**

Der Rat nimmt den Bericht der Verwaltung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1005 - Kullenhofstraße / Neubau Psychiatrie – sowie den Durchführungsvertrag zur Kenntnis.  
Er beschließt, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die zu sämtlichen Verfahrensschritten eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden, die nicht berücksichtigt werden konnten,

zurückzuweisen.

Der Rat beschließt weiterhin den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1005 - Kullenhofstraße / Neubau Psychiatrie - im Stadtbezirk Aachen-Laurensberg für den Bereich zwischen Kullenhofstraße und Neuenhofer Weg gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung und die Begründung hierzu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Zu 11      Gefahrenabwehrplanung: Erstellung Katastrophenschutzbedarfsplan Stadt Aachen 2025  
zur Kenntnis genommen  
FB 37/0066/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Aachen nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 12      Vereinbarung über finanzielle Zuwendungen für Baumpflanzungen  
ungeändert beschlossen  
FB 36/0564/WP18**

Ratsherr Deumens (Die Linke) teilt mit, dass die Fraktion die Linke die finanzielle Unterstützung der Aachener Stiftung Kathy Beys unterstütze und die Pflanzungen großkroniger Bäume begrüße. Wie auch bereits in seiner Haushaltsrede erwähnt, habe sich die Fraktion Die Linke für zusätzliche Haushaltsmittel für Baumpflanzungen eingesetzt. Dieser Antrag sei jedoch mit der Begründung abgelehnt worden, dass keine Ressourcen und kein Personal für die umfangreiche Pflege zur Verfügung stehen. In Bezug auf die nun zu beschließende Vorlage scheine die personelle Situation jedoch geklärt und er hätte sich vor diesem Hintergrund gewünscht, dass der Antrag der Fraktion anders behandelt worden sei.

Ratsherr Kienes (CDU) berichtet, dass der Umweltausschuss intensiv daran gearbeitet habe, die Zahl der Neupflanzungen zu erhöhen. Der vorliegende Fall beziehe sich jedoch nicht auf die Anzahl der Baumpflanzungen, sondern auf die Qualität der Bäume. Durch die finanziellen Zuwendungen sei es möglich, dass wesentlich größere und ältere Bäume und somit qualitativ hochwertigere Pflanzen eingekauft werden können. Für diese Möglichkeit sei man der Stiftung sehr dankbar.

**Beschluss:**

Der Rat stimmt dem Abschluss einer Vereinbarung über finanzielle Zuwendungen für Baumpflanzungen zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Zu 13      Anfragen:**

**Zu 13.1 Ratsanfragen  
zur Kenntnis genommen  
FB 01/0649/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf 4 neue Ratsanfragen, die fristgerecht eingereicht wurden.

**Beschluss:**

Der Rat nimmt die nach der Geschäftsordnung fristgerecht eingereichten Ratsanfragen zur Kenntnis.

**Zu 13.2 Stellungnahmen der Verwaltung zu Anfragen  
zur Kenntnis genommen  
FB 01/0650/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf 3 neue Stellungnahmen, die heute als Tischvorlage ausliegen.

**Beschluss:**

Der Rat nimmt die von der Verwaltung vorgelegten Stellungnahmen zu verschiedenen Ratsanfragen zur Kenntnis.

**Zu 14 Ratsanträge  
ungeändert beschlossen  
FB 01/0651/WP18**

Oberbürgermeisterin Keupen verweist auf 3 neue Ratsanträge, die fristgerecht eingereicht und versandt wurden.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung, Fachausschuss, Oberbürgermeisterin).

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Zu 15 Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien**

**Zu 15.1 Umbesetzungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 10.03.2025  
ungeändert beschlossen  
FB 01/0657/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt die von der GRÜNE-Fraktion mit Schreiben vom 10.03.2025 beantragten Umbesetzungen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Zu 15.2 Umbesetzungsantrag der Fraktion DIE Zukunft vom 12.03.2025  
ungeändert beschlossen  
FB 01/0658/WP18**

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt die von der Fraktion DIE Zukunft mit Schreiben vom 12.03.2025 beantragten Umbesetzungen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Zu 16 Mitteilungen der Verwaltung**

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

Sibylle Keupen  
Oberbürgermeisterin

Britta Hommelsheim  
Schriftführerin